

Pessimismus in Paris und London.

Eine Mahnung des „Observer“ an Frankreich.

Eine bloß mündliche Antwort Poincarés unannehmbar. — Abbruch englischer Sonderverhandlungen mit Deutschland eventuell eine Konferenz der neutralen und der alliierten Staaten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 2. Juli.

Hebereuteinstimmend herrscht hier die Auffassung, daß man sich am Vorabend sehr ernst und folgen schwerer Ereignisse befindet, die sich vielleicht schon in der ersten Hälfte dieser Woche abspielen können. Der Ausdruck „Wendepunkt“ der englischen und französischen Beziehungen“ findet sich in mehreren Morgenblättern wieder. Obwohl die Blätter im Interesse der Verhandlungen immer noch eine gewisse Zurückhaltung üben, was besonders leitens der „Times“ geschieht, so besteht doch eine beständige Neigung zum Pessimismus. Da Poincaré sich immer unverständlich zeigt, da aber andererseits auch England auf seinem Standpunkt verharrt, so scheint eine Heberverbindung der Luft, die zwischen der Ansicht der beiden Völker herrscht, heute kaum noch wahrnehmbar. Bereits die Ankündigung, daß Poincaré den schriftlichen Fragebogen nur mündlich durch seinen Vorgesetzten zu beantworten gedenkt, hat hier deutlichen Unwillen hervorgerufen. Es sei nicht zu verhehlen, schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die Tatsache in englischen Kreisen bedauert und beklungen wird. Die Überzeugung sei in den letzten Wochen gewachsen, daß die Verögerung der Antwort Poincarés nicht nur auf die belgische Ministerkrisis zurückzuführen sei. Vielmehr glaubt man, daß die französische Regierung einer eindeutigen und endgültigen Antwort aus dem Wege gehen wolle. Frankreich sei seinerseits der Ansicht, daß die Anforderungen Englands und Frankreichs bereits so weit auseinandergingen, daß diese Meinungsverschiedenheiten durch eine schriftliche Note nur „kristallisiert“ werden, und daß dies das Unglück nur beschleunigen würde. England sei der Ansicht, daß man sobald als möglich auch wissen müsse, wozu man bei und ob ein Zusammenarbeiten der Alliierten bei der Lösung der deutschen Frage möglich sei. Der diplomatische Korrespondent glaubt aber noch einen weiteren Grund zu erkennen, weshalb Frankreich und Belgien eine schriftliche Antwort bevorzugen. In einer schriftlichen Note würden nämlich die feineren, aber nicht unwichtigen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den beiden Regierungen beständen, deutlicher zutage treten, als wenn die Vorgesetzten mündlich die Ansichten ihrer Regierungen auszuerechneten. Besonders scharf drückt sich das Sonntagblatt „Observer“ in einem bereits von der Pariser Presse heftig angegriffenen Artikel gegen die mündliche Beantwortung des Fragebogens aus. Das Blatt glaubt, daß eine mündliche Antwort für die englische Regierung unannehmbar sein würde. Lord Grey habe bei der vorigen Woche und habe Poincaré um sofortige Antwort gebeten. Der „Observer“ behauptet, daß sein weiteres Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen stattfinden werde, sofern Frankreich nicht schriftlich seine Ansichten darlegt. Keineswegs werde die englische Regierung eine Zusammenkunft der Premierminister als Ersatz für eine schriftliche Antwort annehmen. Dies wird auch von der „Daily Mail“ bestätigt, nach der Baldwin es deutlich ausgedrückt habe, daß er eine schriftliche Antwort als Vorbedingung für eine Zusammenkunft mit Poincaré ansieht. An dieser Stelle findet sich die Annahme, daß Poincaré die schriftliche Darlegung des französischen Standpunktes deshalb vermeide, weil hierdurch die Unversöhnlichkeit der englischen und französischen Ansichten deutlicher zutage trete. Auch nach dem „Daily Chronicle“ ist die Annäherung Englands an Frankreich ohne schriftliche Antwort nicht möglich. Wir möchten zu diesen Pessimismen hinzufügen, daß es vielleicht nicht nur auf die Form der Antwort ankommen dürfte, sondern vielmehr dürfte ihr Inhalt sein. Sollte der Graf St. Aulaire der englischen Regierung mündliche Erklärungen unterbreiten, die hier als Verhandlungsbausteine erscheinen, so ist nicht anzunehmen, weshalb in diesem Falle die Verhandlungen an der Formfrage scheitern sollten. Aber es besteht eben auch die viel größere Gefahr, daß der Inhalt der französischen mündlichen Erklärung die Verhandlungen vereitelt. Wir bevorzugen, daß für diesen Fall ein selbständiges Vorgehen der englischen Regierung so gut wie sicher zu sein scheint. Es sei wahrscheinlich, schreibt der „Observer“, in seinem heutigen von der französischen Presse angegriffenen Artikel, daß dann eine öffentliche Erklärung der englischen Regierung erfolgen werde. Sie würden mit der Veröffentlichung des Fragebogens beginnen und darlegen, daß die gegenwärtige Politik Frankreichs nach Ansicht der englischen Regierung zum Ruin Europas führe. Sie würde weiter sagen, daß England entschlossen sei, die wirtschaftliche Katastrophe Deutschlands zu verhindern. Da das deutsche Angebot vom 7. Juni noch nicht beantwortet sei, so sei die englische Regierung bereit, es zu beantworten und auf seiner Grundlage ihrerseits Verhandlungen mit Deutschland zu eröffnen. England sei sich der folgenden schweren Bedeutung von Sonderverhandlungen vollkommen bewußt, aber die Methode der unendlichen Geduld habe bis jetzt mehr Schaden als Nutzen hervorgerufen. Die englische Regierung sei entschlossen, innerhalb einer Woche eine Entscheidung mit Frankreich zu erzwingen. Im Falle eines isolierten Vorgehens werde ein vollkommen neuer Weg für die Regelung der Reparationsfrage eingeschlagen werden. Man habe bis jetzt übersehen, daß die neutralen Staaten ein ebenso vitales Interesse an der Beilegung des gegenwärtigen Chaos hätten, als England, Belgien und Italien. Deshalb sei es möglich, daß eine Versammlung der neutralen Staaten einberufen werde, die entweder allein oder unter Teilnahme von England, Italien und den jeweiligen alliierten Staaten stattfinden werde, die eine Vereinbarung mit Deutschland auch ohne Frankreich wollten. Der Gedanke der Sonderverhandlungen mit Deutschland wird auch von der „Daily Mail“ bekräftigt. Interessant ist folgende Meldung, die das deutschfeindliche Blatt Englands aus politischen Kreisen bekommen haben will. Sollte es Baldwin nicht gelingen, Poincaré zur Hebervernehmung seiner Politik zu bewegen, so könnten sowohl England wie Amerika gemeinsam einen Druck auf Frankreich ausüben, seine Schulden zu bezahlen.

Rücktritt Boudens.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 2. Juli.

Der amerikanische Beobachter“ bei der Reparationskommission, Boudens, verläßt seinen Posten. Es wird betont, daß sein Rücktritt nur aus persönlichen Gründen erfolgt, und daß sein bisheriger Stellvertreter, Logan, von der amerikanischen Regierung bereits zum Nachfolger ernannt worden sei.

Die französische Gegendrohung.

Jede Sondervereinbarung mit Deutschland wird als ungültig angesehen. — Verstärkter Druck im Ruhrgebiet. — Das französische Mindestprogramm.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 2. Juli.

Die nächsten Tage werden die Mächte der Entente cordiale zu ernstern Entscheidungen bringen. Der offizielle Optimismus, der noch am Sonnabend von den meisten Pariser Zeitungen zur Schau getragen wurde, ist heute gewichen. Sämtliche Blätter bemühen sich, die Verschiedenheit der französischen und englischen Auffassung noch einmal der öffentlichen Meinung klar zu machen und den Beweis zu erbringen, daß die Forderungen der französischen Regierung „inhaltlich und verständlich, aber zwingend und unabänderlich“ seien. Wie Deutschland über diese vom „Matin“ gewählte Formulierung denkt, braucht nicht mehr erörtert zu werden. Es soll nur noch einmal gesagt werden, wie heute früh die letzte Version dieser Mindestforderung aussieht. Wenn man die Wünsche der extremen nationalistischen Politiker unberücksichtigt läßt, ergibt sich aus den ziemlich übereinstimmenden Informationen das folgende Programm:

1. Die französische Regierung hat nicht die Absicht, auf das englische Memorandum eine schriftliche Antwort zu geben, sondern sie will heute nachmittag durch den französischen Vorgesetzten in London noch einmal ausführlich ihren Standpunkt darlegen lassen. Graf de St. Aulaire hat neue ergänzende Instruktionen erhalten, die ihm ermöglichen, außer auf die Ruhroperation auch auf die Reparationsfrage im allgemeinen und die Regelung der Kriegsschulden unter den Alliierten einzugehen.

2. Die französische Regierung wünscht die stillschweigende Anerkennung der Tatsache, daß die Ruhrgebiete von Frankreich und Belgien besetzt worden sind.

3. Die französische Regierung verlangt, daß in alle späteren Abmachungen die Klausel über die stoffelweise Begrenzung der Besetzung aufgenommen werde. Es soll angeblich erklärt werden, daß diese Regelung auf die Dauer nicht vorwiegend militärisch zu sein braucht, aber im wesentlichen sind die bekannten Forderungen für die stoffelweise Räumung unverändert.

4. Die Mindestforderung von 31 Milliarden für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bleibt bestehen.

5. Alle Bestimmungen des Vertrages von Versailles für die Sicherung durch die Entmilitarisierung des Rheinlandes bleiben bestehen.

Diese fünf Forderungen hat der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ in Paris von der „höchsten offiziellen Persönlichkeit“ erfahren, und es ist ihm gleichzeitig gesagt worden, daß an diesen Bedingungen, die von dem Willen des ganzen französischen Volkes geträgt werden, nichts zu ändern sei. Ueber die Voraussetzungen, unter denen die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden sollen, im besonderen über die Frage des passiven Widerstandes dürften im wesentlichen unverändert bleiben, doch scheint Frankreich sich vorzubehalten, der englischen Auffassung einige Zugeständnisse zu machen, falls die übrigen Wünsche Poincarés sämtlich erfüllt werden. Doch die Ansichten der englischen Regierung über dieses französische Programm von der Pariser Ansicht sehr verschieden sind, ist aus den vorerwähnten Berichten bekannt. In Paris wird nicht mehr veräußert, daß der Premierminister Baldwin in auf eine schriftliche Anfrage auch eine schriftliche Antwort für notwendig hält. Es wird auch angenommen, daß der geistreiche Artikel des „Observer“, der hier das peinlichste Aufsehen erregt hat, im wesentlichen Inhalt den Tatsachen entspreche und nur in einigen Einzelheiten unrichtig sei.

Aber es geht doch aus allen Informationen folgendermaßen deutlich hervor: Trotz aller freundschaftlichen Gesinnung ist die britische Regierung dazu entschlossen, einen eigenen Weg zu suchen, falls Frankreich auf seinem intransigenten Standpunkt stehen bleiben will. Die britische Regierung ist mehr als je davon überzeugt, daß die Ruhrprotektion ein „Jertum“ gewesen ist, und daß jede weitere Verlängerung der Besetzung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vermindern müsse. Damit werden die Rechte aller Alliierten mit Einschluß Frankreichs gefährdet. Ist Frankreich anderer Meinung, so kann es nicht daran gehindert werden, seine eigene Politik weiter zu verfolgen, bis es seine Enttäuschung erkennt. Inzwischen aber will England seine eigenen Rechte sichern. Es wird die Grundsätze seiner Politik auseinandersetzen und die anderen Verbündeten ebenso wie die Neutralen zum Anschluß auffordern. Mit Deutschland soll eine besondere Abmachung getroffen werden, die Jahreszahlungen in genügender Höhe sichert. Es wird sogar angenommen, daß im äußersten Falle die englische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten gemeinsam von Frankreich die Rückzahlung der Kriegsschulden verlangen könnten, um auf diese Art einen sanfteren Druck auf Poincaré auszuüben. Diese letzte Andeutung findet sich in der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“. Es muß gleichwohl hinzugefügt werden, daß nach einer guten persönlichen Information ein solcher Gedanke allerdings gelegentlich erwohnen worden ist, aber es wäre zurecht eine Mission, auf diese Ausführung zu rechnen.

Die gleiche hohe Persönlichkeit, die den Pariser Mitarbeiter der „Daily Mail“ die französische Mindestforderung mitgeteilt hat, gab gleichzeitig an, was die französische Regierung zu tun gedenke, wenn England eine gelinderte Politik einleite. In diesem Falle werde Frankreich die Reparationskommission aufordern, zu erklären, daß jede Sondervereinbarung mit Deutschland mit einem der Verbündeten die Bestimmungen des Vertrages um die Rechte der anderen Alliierten verlege. Die Aktionen Frankreichs im Ruhrgebiet, vielleicht auch anderwärts, würden so verstärkt werden, daß die deutsche Regierung unfähig werde, Sonderabkommen zu erfüllen. Frankreich würde aus dem Versuch, seine Politik zu isolieren, das Recht herleiten, isoliert mit einer verdoppelten Energie vorzugehen. Ob diese Ankündigung auf England Eindruck machen und welche Folgen ihre Ausführung auch für Frankreich haben könnte, braucht vorläufig nicht untersucht zu werden. Erst zu nehmen ist diese Drohung in jedem Falle, denn da die Kammer in die Ferien gegangen ist, ist für drei oder vier Monate Poincaré der Herr Frankreichs.

Die Wähler der französischen Regierung, vom „Temps“ und vom „Matin“ bis zur „Victoire“, fordern den englischen Ministerpräsidenten an, die Drohungen des „Observer“ kategorisch zu demütigen. Wenn die englische Regierung darauf Wert lege, die Entente zwischen Frankreich und England fortzubestehen zu lassen, müsse sie derartige Einschüchterungsversuche zurückweisen und sich bemühen, den Standpunkt Frankreichs

zu begreifen. Wollte sie das nicht, weil ihr die Entente gleichgültig sei („Matin“), dann wäre es besser, das fögliche deutlich zu sagen. Diese Ankündigung zeigt, wie heftig im Augenblick die Meinungen gegeneinander kämpfen. Gleichzeitig aber seien, so wird mitgeteilt, inoffizielle Besprechungen zwischen englischen, deutschen und französischen Industriellen in Gange, die angeblich bereits eine Grundlage für eine Regelung geschaffen hätten. Die englischen Industriellen wollen nach der „Daily Mail“ die Ergebnisse dieser Beratungen der englischen Regierung mitteilen, die französischen Teilnehmer, die sich dem englischen Standpunkt angeschlossen hätten, wollen ihre Ansichten Poincaré zur Kenntnis bringen. Diese noch etwas unklare Information soll durch genauere Angaben in den nächsten Tagen ergänzt werden. Warten wir ab.

„Republik oder Zusammenbruch.“

Eine Mahnung des Zentrums.

Das führende Zentrumorgan, die „Germania“, macht in einem bemerkenswerten Artikel darauf aufmerksam, daß das deutsche Volk sich, nach der bisherigen Haltung Poincarés, noch für lange Zeit auf den Ruhrkampf einzurichten haben werde. Alles komme daher darauf an, die inneren Gefahren zu bannen, die sich einem glücklichen Ende des Ruhrkampfes entgegenstellen könnten. Diese Gefahren, die uns drohten, lägen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und diese beiden Gefahrenmomente könnten leicht verhängnisvoll zusammenwirken. Wörtlich fährt das Blatt dann fort:

„Innere rechtsabwärts Kreise verbinden außenpolitische Wünsche mit innerpolitischen Hoffnungen. Sie sehen die heutige Staatsform ab und fühlen vielleicht mehr instinktiv als bewußt, daß ein für Deutschland glückliches Ende des Ruhrkampfes die Republik befestigen muß und dann der Ansturm gegen den heutigen Staat eine ausschließliche Sache ist. Der angeblich nationale Kampf der Deutschpolitischen und der mit ihnen verknüpften Heimhinde für die Erlösung Deutschlands ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen die Republik. Für Regierung und Parlament, die die Hüter der Verfassung sind, ergeben sich daraus erste Pflichten. Sie wissen, daß der bewaffnete Kampf gegen die Verfassung nicht mehr die Erfüllung deutschvölkischer Hoffnungen, sondern nur das Chaos bringen kann. Denn die Frage heißt heute nicht mehr: Republik oder Monarchie, sondern: Republik oder Zusammenbruch. Das deutsche Volk kann heute aus außen- und innenpolitischen Gründen nur in der republikanischen Staatsform leben. Und diese Erkenntnis erfordert klare Entscheidungen. Die Republik ist das Vaterland, und der bewußte Agitation gegen unsere Staatsform ist das bewußte Verleumdung der Republik von denen entgegenzusetzen, die den wahren Wiederaufbau wollen. Nur dann wird rechtsradikalen Aufständen jede Aussichtsmöglichkeit genommen, wenn die große Mehrheit des Volkes sich klar und freudig zum Staate bekennt und die Regierung den entschlossenen Willen zeigt, jeden Versuch der Aufhebung im Reine zu ersticken. Wir sind eingetragt verloren, wenn die zögernde Haltung der republikanischen Mehrheit des Volkes die Gegner zu dem Versuch reizen sollte, deren Angriff auf den Staat zu wagen. Außerdem wir uns nicht darüber, daß es Kräfte gibt, die mit diesem Gedanken spielen und daß sich Hände finden, die dahingehende Pläne anderer auszuführen sich vermessen.“

Die „Germania“ verlangt dann im weiteren Verlaufe ihrer Darlegungen, daß die Staatsautorität allen gegenüber wahrgenommen werde, und sie erinnert an das Wort Dr. Cuno's, daß jetzt alles darauf ankomme, die Zuversicht des Volkes auf den Staat aufrechtzuerhalten und den Willen des Staates zu erweisen, sich unter allen Umständen und gegen alle Gefahren, sei es auch gegen die Wirtschaft, zu behaupten.

Preiserhöhung für Kohlen.

Eine Folge der Verteuerung der Bahnfrachten.

Das Berliner Kohlenamt teilt mit: Infolge der ab 1. Juli erfolgten 30prozentigen Erhöhung der Bahnfrachten ist eine entsprechende Erhöhung der Kleinverkaufspreise für Breitspitze und Koks erforderlich geworden. Diese stellen sich mit Wirkung vom 3. Juli ab wie folgt: a) Röhren- und Eisenband: je Zentner Breitspitze ab Lager 26 800 Mark, frei Keller 28 000 Mark, Gaskoks ab Lager 57 130 Mark, frei Keller 58 500 Mark; b) Inbrennweite Verteuerung: je Zentner Breitspitze ab Lager 26 800 Mark, frei Keller 27 900 Mark, Gaskoks ab Lager 57 130 Mark, frei Keller 58 300 Mark, weilschläger Schmelzstoffs ab Lager 63 200 Mark, frei Keller 64 400 Mark, Viehberger Schmelzstoffs und Berliner Kammerstoffs ab Lager 64 050 Mark, frei Keller 65 200 Mark, oberflächlicher Schmelzstoffs (deutscher Herkunft) ab Lager 59 200 Mark, frei Keller 60 400 Mark, niederflächlicher Schmelzstoffs ab Lager 60 800 Mark, frei Keller 62 000 Mark, schächlicher Hüttenstoffs ab Lager 58 800 Mark, frei Keller 61 000 Mark.

Der Einbruch

in das Kaiser-Wilhelm-Sterbezimmer.

Die Täter noch unbekannt.

Die Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei nach dem Täter, die den Einbruch in Sterbezimmer Kaiser Wilhelms I. verübten, zeigen immer deutlicher, daß der Einbruch von langer Hand vorbereitet gewesen ist und daß als Täter Personen in Frage kommen, die mit den Oertlichkeiten genau Bekanntschaft gemacht haben. Vom Bibliothekszimmer, sind die Diebe durch eine kleine, schmale Tür in das Sterbezimmer des alten Kaisers gelangt, und von diesem aus in einen kleinen Raum, die sogenannte Kapelle, in der mehrere Altartafeln aufbewahrt werden. Aus diesem Raum hatten sie eine kleine, vergoldete Kanne, einen Kelch und einen kostenteller gefohlen. Die Schließel für den Einbruch, in welcher diese Gegenstände lagen, haben sie einem Wächter gefohlen angenommen, aus einem anderen Eckraum fehlen drei Spazierstöcke mit wertvollen Knäulen. Mit dem gefohlenen Weger ist wahrscheinlich die Fensterkassette eingeschlagen worden, durch die die Täter entflohen.

Verlobung des schwedischen Thronfolgers. Kronprinz Gustaf Adolf von Schweden hat sich in London mit Lady Louise Mountbatten verlobt. Die Braut ist eine Tochter des Prinzen von Battenberg und seiner Gemahlin, der Prinzessin Viktoria von Hessen. Der Kronprinz war in erster Ehe mit einer Prinzessin von Connaught verheiratet, die am 1. Mai 1920 gestorben ist. Die Berliner amerikanische Kolonie wird am 4. Juli das Unabhängigkeitstages im Hotel Adlon feiern.

Wiederstände für morgen in Berlin und Umgegend. Einmal warmer, zunächst ausfallend bei mäßigen, südwestlichen Winden, nachher wieder abnehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Allgemeine Wetterausichten für Deutschland. Anlauf im östlichen Obseegebiet, daher: wieder im Nordwesten weit verbreitete, sonst mehr vereinzelte, großräumige geringe Niederschläge.

